

ANZEIGE

Die Krankenversicherung soll heilen und Leben retten.

Deshalb: **Ja** zu «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Mehr unter: www.privatsache.ch

politisches schaufenster

Auf der Seite «Politschau» werden politische Themen redaktionell angegangen. Politiker sowie Parteien und Organisationen aus Winterthur und der Region haben aber auch die Möglichkeit, sich gegen Bezahlung zu präsentieren, politische Anliegen zu vertreten und Stellung zu Projekten, Vorlagen und Wahlen zu beziehen. Diese Artikel müssen vom Autor oder der Partei jeweils namentlich gekennzeichnet sein. Bei diesen Beiträgen handelt es sich nicht um die politische Positionierung der Redaktion. red.

Weitere Informationen:
redaktion@stadi-online.ch,
Telefon 052 266 99 80

Smart – vote für Winterthur!

Romana Heuberger, Gemeinderatskandidatin der FDP Winterthur, über Smartvote und politische Herausforderungen.

«Ab sofort steht den Wählerinnen und Wählern in Winterthur wieder Smartvote.ch zur Verfügung. Damit können Sie sich ein Bild über die politischen Anliegen der Stadt- und Gemeinderatskandidierenden verschaffen. Persönlich finde ich Smartvote.ch ein tolles Instrument, um auch weniger politisch interessierten Menschen zu zeigen, wer ihre Bedürfnisse in unserer Stadt am besten vertritt. Nutzen Sie diese Gelegenheit, sich zu informieren und gehen Sie wählen, damit nicht wie-



Romana Heuberger, FDP-Kandidatin.

der eine Minderheit von 44,5 Prozent der Wähler (Wähleranteil 2010) über die Zukunft unserer Stadt bestimmt.

Kinderkrippen sind überreguliert

Als Kandidierende empfand ich die Beantwortung der 61 Fragen als echte Herausforderung, da die Fragen oft völlig zusammenhangslos gestellt werden. Eine Frage war, ob die Stadt mehr Mittel für subventionierte Krippenplätze zur Verfügung stellen soll. Diese Frage habe ich mit Nein beantwortet. Bin ich nun gegen mehr Krippenplätze? Im Gegenteil. Bereits vor mehr als zehn Jahren habe ich mich bei der Gründung einer privaten Krippe stark engagiert. Jene Familien, welche die Kinder in die Krippe geben müssen, um ihrem Erwerb nachzugehen und es sich nicht leisten können, die vollen Krippentafeln zu bezahlen, soll der Staat unterstützen. Aber grundsätzlich sollen Krippen kostendeckende Tarife verlangen und benötigen damit selber keine staatlichen Subventionen. Um mehr Plätze zu schaffen, müssen die Tarife günstiger werden. Wie erreichen wir das? Indem die völlig übertriebenen Vorschriften des Staates betreffend Raumangebot und personeller Betreuung auf ein normales (sprich familienähnliches) und damit finanzierbares Niveau reduziert werden. Dann können auch wieder vermehrt private Krippen ohne finanzielle Beteiligung der Stadt geführt werden.

Integrativer Unterricht gescheitert

Eine weitere Frage war, ob man den integrativen Unterricht in den Schulen be-

fürworte. Wo immer ich kann, engagierte ich mich für die Integration behinderter Menschen in unserer Gesellschaft. Aber der integrative Unterricht geht deutlich weiter. Das Problem sind nicht die Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Behinderungen, sondern die verhaltensauffälligen Kinder. Ein einziges Kind, das in der Klasse tobt, um sich schlägt und schreit, reicht, um den Unterricht zu verunmöglichen. Früher wurden diese Kinder in Kleinklassen von fünf Schülern durch einen ausgebildeten Sonderpädagogen betreut. Damit konnte man viel besser auf die speziellen Bedürfnisse dieser Schüler eingehen. Heute muss man zuerst beweisen, dass ein Kind nicht integriert werden kann, was oft zu Unterrichtsauflagen, Überbelastung der Lehrer, Vernachlässigung der Regelschüler, gestressten Eltern und einer nicht kindgerechten Betreuung führt. Das Konzept des integrativen Unterrichts um jeden Preis ist für mich gescheitert. Die Integration ist anzustreben, eine Separation kann jedoch für alle Beteiligten ein deutlicher Gewinn sein.

Alle Antworten meiner Mitkandidierenden und meine Antworten auf die restlichen 59 Fragen finden Sie auf Smartvote.ch. Nutzen Sie die Gelegenheit, uns auf Herz und Nieren zu prüfen und sich Ihre eigene Meinung zu bilden. Haushalten für Winterthur!»

Weitere Informationen:
www.romana-heuberger.ch



klartext.



So etwas wie dieses Jahr habe ich noch nie erlebt, genauer gesagt: seit 1998 noch nie. In diesem Jahr wurde ich in den Gemeinderat gewählt. 14 Jahre lang habe ich in der RPK und in der Aufgabungskommission mitgearbeitet. Habe das Budget studiert. Posten für Posten. Habe nachgefragt. Anträge gestellt. Mich mit der Arbeit der städtischen Mitarbeitenden auseinandergesetzt. Habe sehr gerne sehr viel Zeit in mein Amt investiert. Weil ich der Überzeugung war, dass ich dies der Bevölkerung und den Angestellten schulde. Und nun das Budgetberatung für das Jahr 2014: Statt konkreter Anträge, die in den Sachkommissionen diskutiert werden konnten, stellt die GLP im Rat einen quasi-paschalen Antrag nach dem andern. Ganz ohne Begründung. So will sie erreichen, dass bei den Kostenarten «Anschaffung Mobilien», «Betriebs- und Verbrauchsmaterial» sowie «Dienstleistungen Dritter» ein hoher Millionenbetrag eingespart wird. Damit soll zumindest auf dem Papier ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung resultieren, welches zusammen mit FDP, CVP und SVP durchgewinkt werden kann. Und dies, ohne Verantwortung für die Folgen der Kürzungen zu übernehmen. Doch kauft die Stadt tatsächlich so viele Büroartikel ein oder gibt sie Unsummen für teure Gutachter aus? Nein. Hinter diesen Posten stecken beispielsweise Pflegebetten in den Alterszentren, Schulreisen und Klassenlager, die Alarmierungskosten der Feuerwehr, Softwarelizenzen, die Munition der Stadtpolizei, der Schulbus, welcher die Kinder mit Behinderung in die Sonderschulen fährt, Medikamente, die Entschädigung für die Heimärzte, die Kosten der Jungbürgerfeier. Was anonym kling, bekommt so plötzlich ein Gesicht. Und in dieses will man partout nicht schauen.

Yvonne Beutler (SP) ist Stadträtin und Finanzvorsteherin der Stadt Winterthur. Sie tritt am 9. Februar zur Wiederwahl an.

tribüne: fdp-kantonsrat dieter kläy

Schnapsschnüffler in der S-Bahn?



Der Kantonsrat hat sich an einer der letzten Sitzungen mit der Frage auseinandergesetzt, wie nachts exzessivem Alkoholkonsum und damit verbundenen Belästigungen der Fahrgäste in der S-Bahn begegnet werden kann. Die FDP lehnt ein nicht durchsetzbares Alkoholverbot im Zug ab.

Mehr Sauberkeit und Sicherheit im Öffentlichen Verkehr erhoffen sich die Postulanten der EVP von ihrem Vorstoss im Kantonsrat, zwischen 22 und 6 Uhr den Konsum von Alkoholika im öffentlichen Nahverkehr zu verbieten. Damit könnten Saufgelage im Nachtzug, Pöbeleien und Drohungen gegen andere Fahrgäste, liegen gelassener Unrat und weitere negative Erscheinungen abgewendet werden, wurde argumentiert.

Verwiesen wurde auf Städte im Ausland wie London, Los Angeles oder Stuttgart

und andere, die bereits Erfahrungen mit einem Alkoholverbot in Bus, Tram und Bahn haben. Für Fahrgäste und Zugpersonal sind Pöbeleien, Trunkenheit und liegen gelassener Unrat tatsächlich unangenehm und ärgerlich. Bei stark angetrunkenen Personen kann die Hemmschwelle tief sein. Konflikte mit übrigen Fahrgästen sind vorprogrammiert. Insbesondere am Wochenende kann es in den Nachtzügen zu Saufgelagen und Auseinandersetzungen kommen.

Alkoholverbot im Zug greift nicht
Allein den Alkoholkonsum im Zug zu verbieten, nützt allerdings nichts. Es ist nicht der Konsum des Alkohols während der Zugfahrt, der zu Littering und zur Belästigung von Mitfahrgästen führt, sondern vorwiegend der Konsum vor der Fahrt. Ein Alkoholverbot in der Bahn ist damit nicht zweckmässig. Wenn schon müsste ein generelles und ganztägiges Alkoholverbot im Zug und auf den Bahnhöfen erlassen werden, was aber eine völlig unverhältnismässige Massnahme wäre, die viel zu stark in

die persönliche Freiheit eingreifen würde. Zudem gibt es gar keine gesetzliche Grundlage dafür, was auch gut so ist.

Kaum durchsetzbar

Wir haben genügend Verbote, die nicht oder nur unzureichend durchsetzbar sind. Ein Alkoholverbot im Zug würde zur Gruppe der nicht durchsetzbaren, geradezu absurden Verbote gehören. Bereits die Identifizierung des alkoholischen Getränks kann ein Problem stellen. Eine eindeutige Erkennung von alkoholischen Getränken gegenüber nichtalkoholischen Getränken ist geradezu unmöglich. Längst nicht alle konsumierten alkoholischen Getränke aus eindeutig identifizierbaren Gefässen. Viele führen die Getränke in neutralen Behältnissen mit oder mischen sie selbst zusammen. Das Zugpersonal müsste bei den Kontrollen an den Flaschen schnupfern, um alkoholische Getränke identifizieren zu können – eine absurde Idee, ganz abgesehen davon, dass gar nicht genügend Personal zur Verfügung stehen würde.

Sicherheit ist durch Präsenz von Sicherheitspersonal zu schaffen, so wie das bereits heute gut funktioniert. Die Nachtzüge werden durch Zweierpatrouillen begleitet, was vollkommen genügt. Das Personenbeförderungsgesetz gibt heute schon die Möglichkeit, betrunkenen Personen die Fahrt im Zug oder im Bus zu verweigern. In der Praxis wird offenbar selten davon Gebrauch gemacht.

FDP lehnt nicht durchsetzbare Verbote ab

Wird ein Missstand geortet, reagiert die Politik reflexartig mit der Forderung nach neuen Gesetzen. Die FDP lehnt nicht durchsetzbare Regeln wie ein Verbot von Alkoholkonsum im Zug ab. Aus praktischen Überlegungen wäre es nicht umsetzbar und würde die von den Postulanten beschriebene Problematik auch nicht lösen. Der Kantonsrat hat diese Haltung geteilt und das Postulat der EVP mit 159 zu 6 Stimmen wuchtig verworfen.

Dieter Kläy, Winterthur, ist FDP-Kantonsrat.

5 Fragen an Gemeinderatskandidatin Annetta Steiner

Umweltkommunikatorin Annetta Steiner (1964) tritt für die Grünliberalen bei den Gemeinderatswahlen an.

Weshalb haben Sie dieses Foto von sich gewählt?
Annetta Steiner: Ich bewege mich sehr gerne in vielfältigen Landschaften. Als Feldornithologin engagierte ich mich auch in den Winterthurer Naturschutzvereinen, wo ich als Ausgleich zum Büroalltag gerne mal zapacke.

Sie sind auch sonst sportlich, unter anderem gewannen Sie im Unihockey zweimal Europa-Cup-Silber.
Ja, schon als kleines Kind konnte ich nie still sitzen und musste alles ausprobieren. Unihockey ist für mich noch heute ein wichtiges Hobby. Zudem bewege ich mich sehr gerne in den Bergen, sei dies zu Fuss, auf dem Bike oder auf Ski.

Engagieren Sie sich auch politisch für den Sport?

Im Rahmen der Gemeinderätlichen Gruppe Sport werden wichtige Projekte besprochen und mitgestaltet. Dabei gilt es



GLP-Gemeinderatskandidatin: Annetta Steiner. Bilder: pd.

den meist ehrenamtlich geführten Vereinen gute Rahmenbedingungen und ihren Bedürfnissen angepasste Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen.

Sie sind auch begeisterte Velofahrerin.
Das Velo ist ein unglaublich effizientes Fortbewegungsmittel. Als Vorsteherin der AG Velo setzte ich mich zusammen mit Pro Velo für gute Rahmenbedingungen ein. Möglichst hindernis- und konfliktfreie Routen sowie gute Parkierlösungen für Velos an den Bahnhöfen sind dabei zentral.

Im Moment stehen Sie als Sparpolitikerin im Fokus.

Winterthur erlebt innerhalb von 10 Jahren nun das dritte Sparprogramm. Dazwischen sind aber 250 Millionen Franken mehr ausgegeben worden. Die Stadt ist völlig planlos unterwegs. Es braucht einen fundierten Finanzplan, ansonsten verschwinden zusätzliche Steuereinnahmen in einem Fass ohne Boden. Keiner Firma würde man zur Bewältigung ihrer Probleme ohne Businessplan mehr Geld anvertrauen. red.

Beat Meier: Klimaschutz konkret

Für Energiewende und Klimaschutz greift Beat Meier, Stadtratskandidat der Grünliberalen, persönlich zu Picken und Schaufel. So wird eine Energieschleuder zum Nullenergiehaus.

Mit seiner Familie wohnt GLP-Stadtratskandidat Beat Meier in einem Haus aus den 1960er-Jahren. Nach einer umfassenden Sanierung produziert das Haus heute pro Jahr gleich viel Energie, wie es verbraucht. Dank sehr guter Isolation ist der Wärmebedarf gering und auf dem Dach wird Solarstrom für insgesamt 3 Haushalte erzeugt.

Ein weiteres Kraftwerk entstand mit viel Eigenleistung im Garten: Kollektoren für Warmwasser und Heizung. «Wir haben viel investiert, das freute das lokale Gewerbe», erklärt Beat Meier «aber auch wir freuen uns – über jeden Sonnenstrahl und die tiefe Gasrechnung. Klimaschutz ist nicht nur globale Verant-

wortung, sondern bringt uns auch wirtschaftlich in Winterthur voran!» red.



GLP-Stadtratskandidat Beat Meier.